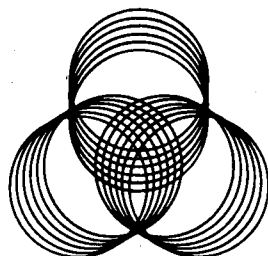


Hamburger Informationen

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Nachrichten – Kurzberichte – Analysen – Forschungsprojekte – Pressemitteilungen – Materialien – Dokumente



Ausgabe 13/1993

Hamburg, August 1993

Dieter S. Lutz

Endzeit: Alptraum oder Wirklichkeit?

Plädoyer für eine deutsche Weltinnenpolitik

"Der Ost-West-Gegensatz ist überwunden. Die Konfrontation der Systeme ist mit dem Untergang des Kommunismus zu Ende gegangen. Die Sicherheitsgeographie der Konferenz von Jalta gehört der Vergangenheit an ... Das bisherige Bedrohungsszenario ist überwunden - Leben wir deswegen aber in einer sicheren Welt?" (Bundesminister Carl Dietrich Spranger, 18. Mai 1993).

1. Trends zum Weltuntergang?

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes scheint die Gefahr eines Weltkrieges vorerst gebannt. Von der endgültigen Beseitigung der Institution Krieg und von der Bildung einer stabilen Friedensordnung „auf Dauer“ kann gleichwohl nicht gesprochen werden: Die Zahl der Kriegsschauplätze ist weltweit nicht zurückgegangen, und noch immer sterben viele Zehntausende von Menschen durch direkte Kriegseinwirkung, jüngst auch mitten in Europa. Ferner existieren noch immer mehr als 40.000 Atomwaffen auf der Erde, gibt es vermutlich weltweit ca. 26 Millionen Soldaten in regulären Streitkräften und weitere 40 Millionen in Reserve (Stand 1992). Darüber hinaus wurden und werden auch weiterhin neue Rüstungstechnologien erforscht (z.B. für den Weltraum) oder neue Waffen produziert (z.B. hochexplosive konventionelle Sprengmittel). Und trotz Abrüstungsverträgen und -verhandlungen werden allein die atomaren Supermächte auch weiterhin Tausende neuer strategischer Waffen besit-

zen oder stationieren (vertikale Proliferation) und nimmt ferner die Zahl der tatsächlichen oder potentiellen Atomwaffenbesitzer noch immer zu (horizontale Proliferation). Ähnliches gilt im übrigen auch für die Verbreitung von chemischen Waffen und den Besitz ballistischer Raketen. Noch immer also sind weder das globale Wettrennen noch die Gefährdung des Friedens durch Krieg bewältigt, machen regionale Konflikte, darunter zunehmend auch ethnische Konflikte, ferner die Eigendynamik der vielfältigen Rüstungswettläufe und immer neue Militärtechnologien konventionelle, aber auch atomare Kriege (vgl. auch Kasten Nr. 1) denkmöglich, die beabsichtigt oder wider Willen, bewußt oder aus Versehen, vorbeugend oder reaktiv, in jedem Fall aber mit dem Risiko grenzüberschreitender Wirkung geführt werden (können).

Frieden ist darüber hinaus - auch aus theoretischer und definitorischer Sicht - nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern auch der Prozeß, der im Zusammenleben der Völker und Menschen Gewalt, Ausbeutung, Hunger und Unterdrückung beseitigt und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt bzw. wiederherstellt. Nach wie vor leben jedoch 1,2 Milliarden Menschen der sog. Dritten Welt in Massenarmut und Massenelend. 1,5 Milliarden Menschen fehlt es an grundlegender Gesundheitsfürsorge. Ca. 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. Tag für Tag sterben ca. 40.000 Menschen, zumeist Kinder, an Hunger und seinen Folgen.

Doch das jährliche Defizit an ökonomischer und humaner Entwicklung nimmt in weiten Teilen der Welt auch künftig noch enorm zu. Zum einen wächst die Weltbevölkerung auch weiterhin exponentiell. Für Ende 1998 wird mit 6 Milliarden Menschen gerechnet (vgl. auch Schaubild Nr. 2). Im Jahre 2025 könnten es 8,5 Milliarden, im Jahre 2050 schon 10 Milliarden, möglicherweise 12,5 Milliarden Menschen sein. Nahezu 95 Prozent dieses Bevölkerungswachstums wird auf die Entwicklungsländer entfallen. Zum anderen werden weiterhin Ressourcen vergeudet, veröden Weide-, Wiesen- und Anbauflächen, werden Kriege geführt, zukünftig nicht zuletzt auch wegen knapper Ressourcen wie Wasser. Nicht auszuschließen ist auf Dauer, daß einer dieser regionalen Kriege den grenzüberschreitenden Zündfunken - und sei es nur aus Gründen millionenfacher Migrations- und Fluchtbewegungen - für einen künftigen Weltkrieg auch unter Beteiligung der atomaren Weltmächte oder anderer hochindustrialisierter Staaten in sich birgt.

Aber auch ohne offenen Ausbruch eines Weltkrieges sind die globalen grenzüberschreitenden Gefahren, die aus der Gewalt in Form der Armut in der sog. Dritten Welt resultieren, nicht länger zu leugnen: Das Abholzen der Wälder in der Dritten Welt hat weltweit tiefgreifende Folgen für die Umwelt; der Mißbrauch von Chemikalien kehrt in den Lebens- und Konsummitteln aus der Dritten Welt in die Industriestaaten zurück; das Sicherheitsrisiko ziviler Kernreaktoren (in der Dritten Welt) tragen alle; die Migrationsbewegungen der Dritten Welt machen schon heute vor den Toren des hochindustrialisierten Nordens nicht halt.

Insbesondere „die immer krasser zutage tretende Ökologiekrise stellt für die nationale Sicherheit - ja für das nationale Überleben - unter Umständen eine größere

Bedrohung dar als ein gutbewaffneter, übelwollender Nachbar oder feindliche Militärbündnisse“ (Brundtland-Bericht). Die zunehmenden Umweltkatastrophen sind keine „Natur“-Katastrophen im herkömmlichen Sinne mehr, sondern grenzüberschreitende Folgen einer falschen Politik. Ein weltweiter Umweltkollaps zeichnet sich bereits heute ab: Zum einen steigt der *Kohlendioxid-Anteil* der Luft, hauptverantwortlich für den „Treibhauseffekt“. Zum anderen nimmt die schützende Ozonschicht der Erdatmosphäre stetig ab, hat zeitweise bereits Löcher von den Ausmaßen der USA (vgl. auch Schaubild Nr. 3). Insgesamt verändert sich das *Klima*.

Als Folge der Klimaveränderung steigt der *Meeresspiegel*, versinken weite Küsten- und Landgebiete in den Fluten. Darüber hinaus wird *Wasser* knapp, soll die Trinkwasserversorgung voraussichtlich nur bis zum Jahre 2000, eventuell bis 2020 reichen. Zugleich verarmen und veröden die Böden, dehnen sich Wüsten aus. Nach Schätzungen der UNO ist heute bereits ein Drittel der festen Erdoberfläche - 4,5 Milliarden Hektar - von Desertifikationsprozessen betroffen.

Währenddessen sterben die *Wälder*. Drei Viertel der europäischen Waldbestände sollen bereits durch Luftverschmutzung und sauren Regen geschädigt sein. Der für die Erdatmosphäre wichtige tropische *Regenwald* wird gleichwohl noch immer gerodet. Von ursprünglich 1,6 Milliarden Hektar ist bereits die Hälfte vernichtet; jährlich verschwindet auch weiterhin eine Fläche von ca. 200.000 Quadratkilometer, das entspricht vier Fünftel der Fläche der früheren Bundesrepublik Deutschland.

Das *Artensterben* schließlich nimmt mit dem Verlust von Lebensräumen wie Urwäldern, Korallenriffen, Feuchtgebieten etc. exponentiell zu. Nach Schätzungen gehen Tag für Tag von einer bis zu hundert Arten unwiederbringlich

(1)

Gibt es noch eine Atomkriegsgefahr?

„Die industrialisierte Welt muß begreifen, daß die Dritte Welt nicht die Wahl hat, ob sie sich wirtschaftlich entwickeln sollte oder nicht. Man kann nur hoffen, daß sie es auf eine vernünftiger Weise tut, als ihr das bisher aufgenötigt worden ist. Wenn nicht, werden Armut, Hunger und Krankheiten ganze Völker verschlingen. Lange vorher dürften ganze Gesellschaften revolutionäre Unruhen erleben, und es ist nicht undenkbar, daß manche der daraus entstehenden Auseinandersetzungen mit einfachen Atomwaffen ausgefochten werden“.

US-Vizepräsident Al Gore, 1992, a.a.O., S. 278f.

„Wir Serben werden uns mit allen verfügbaren Mitteln verteidigen. Es ist kein Problem, Nuklearwaffen auf den Weltmarkt zu kaufen ... Im Falle einer Militärintervention sind wir zu allem bereit. Auch zu Terrorismus im Ausland ... Österreich, Deutschland - da werden wir sicher vitale Punkte zuerst angreifen“.

Serbenführer Karadzic, zit. nach Hamburger Abendblatt 14./15.8.1993, S. 4

„Fast muß man annehmen, daß es nurmehr eine Frage der Zeit ist, bevor eines der zwei Dutzend Nuklearwaffenländer seine feindlichen Nachbarn mit einer „kleinen“ Atombombe zu bestrafen sucht. Die Folgen der vielen unzulänglich gesicherten zivilen Nuklearreaktoren sind ohnehin schon unter uns“.

Ralf Dahrendorf, 1993, a.a.O., S. 10f.

„Man kann davon ausgehen, daß die Kombination aus menschlicher Fehlbarkeit und Atomwaffen unweigerlich zu nuklearer Vernichtung führen wird. Daher sollten wir, soweit das zu erreichen ist, eine Rückkehr zu einer Welt ohne Atomwaffen anstreben“.

Robert McNamara, Die Zeit, 2.4.1993

verloren. Doch nicht genug: Giftige Chemikalien und *Abfallprodukte* führen auch weiterhin zu Altlast-, Entsorgungs- und Endlagerungsproblemen ungeheuren Ausmaßes. Bis heute ist das Problem der nuklearen Abfälle und der auf natürlichem Wege nicht abbaubaren synthetisierten Chemikalien nicht gelöst. Gleichwohl werden weltweit ca. 500 Kernkraftwerke in Betrieb gehalten, sind mehr als 65.000 der genannten Chemikalien im Handel, fallen Tag für Tag rund eine Million Tonnen dieser Stoffe als Abfälle an.

Was sind die Folgen? Eine verseuchte und vergiftete Nachwelt, in der die Menschen vielfältigen Krankheiten ausgesetzt sind, in der sich Dürrekatastrophen mit Flutkatastrophen abwechseln, in welcher Hunger und die Knappheit der Ressourcen das Gesetz des Handelns bestimmen und u.a. Migrations- und Fluchtbewegungen bislang ungekannten Ausmaßes hervorrufen? Sind künftig auch „Umweltkriege“ nicht auszuschließen, sei es als Kriege *um* knappe Naturressourcen, z.B. Wasser, sei es als Kriege *gegen* Verursacher (drohender) Umweltkatastrophen, sei es als Aggressionen *mit* Hilfe auch umweltvernichtender Kampfmittel?

Die Bewältigung eines Großteils der genannten Gefährdungen und Folgen wird von der Wissenschaft, nicht von der Politik, erwartet. *Neue Technologien* sollen die Zukunft sichern. Gerade die grenzüberschreitenden Gefahren und Risiken, die wiederum mit diesen Technologien verbunden sind bzw. von ihnen erzeugt werden, lassen aber erhebliche Zweifel an deren „Friedens- und Nachweltverträglichkeit“ aufkommen: Die Weltraumforschung kann der Menschheit neue Dimensionen eröffnen, aber auch für die Erlangung von Erstschlagfähigkeiten mißbraucht werden. Die Atomtechnologie kann das Problem der Energieversorgung lösen, birgt aber Gefahren in sich, die noch weit über „Tschernobyl“ hinausgehen. Die Mikroelektronik kann das Arbeitsleben er-

(3)

FCKW – Killer der Ozon-Schicht

Ozon-Schicht in 20-30 km Höhe

Gefährliche UV-Strahlung...

... Ozon stoppt sie (Ozon = 3 Sauerstoff-Atome)

... Sauerstoff läßt sie durch (Sauerstoff = 2 Sauerstoff-Atome)

Chlor entreibt dem Ozon ein Atom

übrig bleibt Sauerstoff

Chlor verliert das eingefangene Sauerstoff-Atom

Chlor entreibt dem nächsten Ozon ein Atom

bis zu 100 000mal

Sonnenstrahlen lösen Chlor-Atome aus dem FCKW (Fluor-Chlor-Kohlen-Wasserstoff)

FCKW aus Spraydosen, Kühl- und Klimaanlage; Lebensdauer 50-100 Jahre

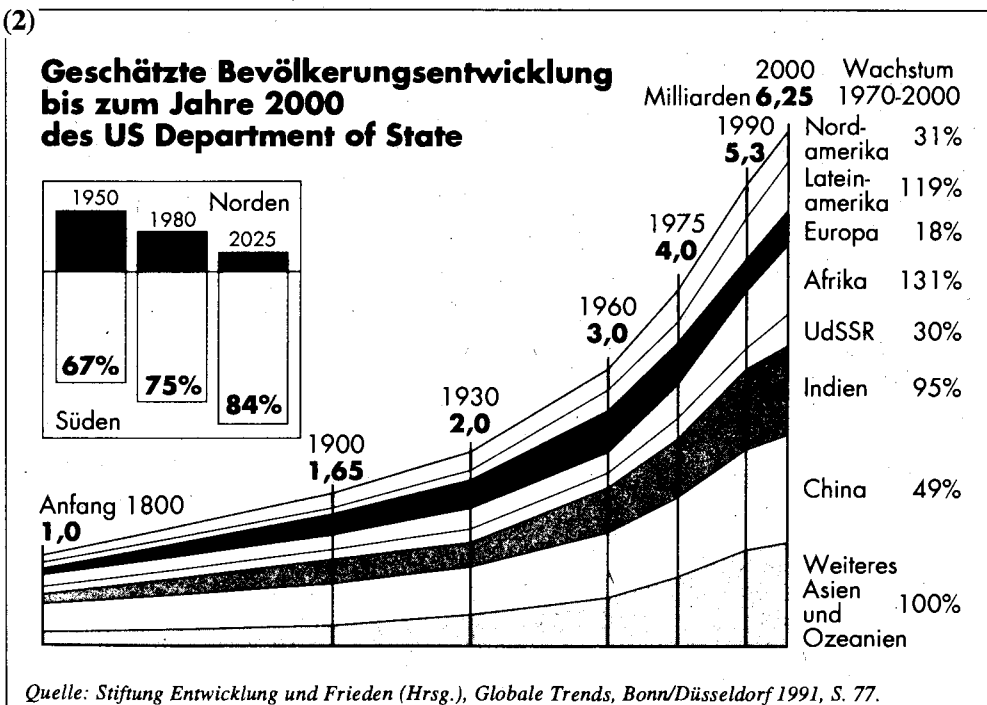
Vom Ozon-Loch bedrohte Gebiete auf der Nordhalbkugel

Gefahren für Mensch und Natur:

Augen: Trübung, Erblindung	Haut: Alterung, Krebs	Immunsystem: Schwächung	Pflanzen, Meeresplankton: Wachstumshemmung
--------------------------------------	---------------------------------	-----------------------------------	--

Quelle: Entnommen aus: Ulrich Fanger, *Lateinamerika - Für Demokratie ungeeignet?*, in: *Der Bürger im Staat* 1/1993, S. 53.

leichtern, aber auch Kriege führbar erscheinen lassen. Die Informationstechnologien können der nationalen und internationalen Kooperation dienen, aber auch zum Überwachungsstaat führen. Die Gentechnologie kann international Krankheiten und Hunger beseitigen helfen, aber auch zur bewußten oder ungewollten Manipulation der Menschen und nicht zuletzt zur Vernichtung der menschlichen Rasse selbst führen.



Weiterführende Literatur/Quellen:

- Lutz, Dieter S., *Endet die Zukunft in der Gegenwart?*, in: *Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F)* 2/1992, S. 67-71 und dort die Quellen.
- Meadows, Donella/Meadows, Dennis L./Randers, Jörgen, *Die neuen Grenzen des Wachstums*, Stuttgart 1992.
- *Unsere gemeinsame Zukunft*. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Deutsche Ausgabe, hrsgg. von Volker Hauff, Greven 1987, insbes. S. 18.
- Brown, Lester R., *Ein neues Zeitalter kündigt sich an*, in: *Zur Lage der Welt - 1993*, Worldwatch Institute Report, Frankfurt a.M. 1993, S. 11-44.
- *Hunger*. Ein Report, hrsgg. von der deutschen Welthungerhilfe, Bonn 1993.

2. Katastrophale Risiken?

Was also wird die Zukunft bringen? Die „heile Welt“? Oder aber den Weltuntergang? Was sind die angeführten Trends und ihre möglichen Folgen? Bloßer Alptraum? Oder schon morgen heillose Wirklichkeit? Wer würde es wagen, diese Fragen mit dem Anspruch absoluter Gewißheit zu beantworten (vgl. auch Kasten Nr. 4). Und doch lassen sich seriöse Aussagen über die Risiken machen, die mit den beschriebenen und/oder ähnlichen Entwicklungen und Trends aufs engste verbunden sind: Sicherlich ist es richtig, daß menschliches Leben und Handeln ohne Risiko kaum vorstellbar ist. Die Struktur der Risiken selbst hat sich jedoch im 20. Jahrhundert radikal verändert, hat neuartige Folgetypen und Schadensarten hervorgebracht. Unter Risiko ist zwar noch immer das Produkt aus Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit zu verstehen. Doch ist das Risiko neuen Typs nicht länger in dem Sinne kalkulierbar, daß die Folgen bei Eintritt des Schadensfalles sofort erkennbar, in ihrer Größenordnung und Dauer begrenzt und schließlich auch reversibel sind. Zu den Kennzeichen der Folgearten und Schadensformen neuen Typs gehören vielmehr u.a.:

- *der Schadensgigantismus*, der im zivilen Bereich als GAU (größter anzunehmender Unfall) und Super-GAU in Kauf genommen wird (vgl. auch Kasten Nr. 5) und im militärischen Bereich sogar als Menschheitsvernichtung strategisch kalkuliert wird. Zur Erinnerung: Die Giftgas-Katastrophe von Bhopal 1984 kostete 14 000 Menschen das Leben bei mehr als 600.000 weiteren Geschädigten (vgl. auch Kasten Nr. 6); die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl

(5)

Risiko und Schadensgigantismus

„Es sind die privaten Versicherungsgesellschaften, die den Grenzbaum zur Risikogesellschaft betätigen. Sie widersprechen mit der Logik wirtschaftlichen Handelns den Sicherheitsbeteuerungen der technischen Ingenieure und Unternehmen in der Gefahrenindustrie. Denn sie sagen: Das technische Risiko mag im Fall der „low probability but high consequences risks“ gegen Null tendieren, das ökonomische Risiko läuft gleichzeitig gegen Unendlich ... Zu den nicht-versicherbaren kommen in jüngster Zeit die versicherten, aber unkalkulierbar werdenden Gefahren, die viele Versicherungsgesellschaften an den Rand des Ruins bringen. Das internationale Versicherungswesen spürt die verheerenden Folgen des Treibhauseffekts. Dieser begünstigt Wirbelstürme ... Die Folge ist: Die Versicherungsgesellschaften entschern Risiken“

Ulrich Beck, 1993, a.a.O., S. 44f.

„Fest steht, daß die rapide wachsenden Risiken von Tankerkatastrophen kaum noch zu versichern sind. Bezeichnenderweise versuchte die Münchener Rück, die größte Rückversicherung der Welt, ihre Aktionäre mit dem Hinweis zu beruhigen, daß man sich bei der Abdeckung solcher Risiken (wie Tanker-Havarien - DSL) seit einigen Jahren zurückhalte. Dabei haftet der versicherte Schiffseigentümer ohnehin nur für Vermögenseinbußen, nicht jedoch für die von einer Ölpest ausgehenden Schäden an der Natur. Vögel und Fische gehören eben niemandem, für ihren Tod wird also niemand zur Kasse gebeten.“

Hans Otto Eglau, Die Zeit, 15.1.1993

(4)

Was bringt die Zukunft?

„Zum ersten Mal in meinem mittlerweile langen und jedenfalls ereignisreichen Leben kommt mir der Gedanke, daß das Projekt der Moderne scheitern könnte ... Alle großen Projekte der Entwicklungspolitik sind gescheitert ... Wer kann noch guten Glaubens behaupten, daß die Segnungen der Moderne eines Tages allen Menschen zugute kommen?“

Ralf Dahrendorf, a.a.O., S. 7, 8

„Wir sitzen in einem Zug mit allem Komfort, mit Klimaanlage und Speisewagen. Die Fenster sind geschlossen, alles funktioniert. Wir merken nur nicht, daß die Strecke ständig bergab geht“.

Jurek Becker, zitiert nach: Spiegel Spezial Nr. 4/1993, S. 58

„Die momentane Entwicklung ist wie ein Zug, von dem wir wissen, daß er auf den Abgrund zusteuert. Es hat keinerlei Sinn, sich auf die Gleise zu stellen und zu warnen, wenn ich schon weiß, daß der Bremsweg dieses Zuges länger ist als die Sichtweite des Lokomotivführers, dann würde ich höchstens überfahren. Ich muß als Wissenschaftler auf den Zug aufspringen, um ihn zu lenken“.

Hans-Peter Dürr, taz, 17.9.1992

„Wir Wissenschaftler sind wie Lotsen auf einem Vergnügungsdampfer, die genau wissen, daß wir auf einen Eisberg stoßen, wenn wir so weitermachen. Dem Kapitän zu sagen, er solle den Kurs ändern, ist zwecklos, weil sich die Gesellschaft gerade so schön vergnügt. Deshalb berechnen wir, wie lange es noch bis zum Aufprall dauert und wie wir die Leute in die Boote bringen“.

Hans-Joachim Schellnhuber, zit. nach: GEO Nr. 7/1993, S. 118

„Es bedarf einer enormen Anstrengung, die Zerstörung und den Verfall aufzuhalten - eine Anstrengung, die einer Kriegsmobilmachung gleichkommt ... Die Frage lautet aber nicht nur, was wir tun müssen, sondern wie wir es rasch bewerkstelligen können - bevor die Zeit abläuft und die gesamte Welt in einen verhängnisvollen Strudel gerät“.

Lester R. Brown, Worldwatch Institute 1993, a.a.O., S. 42, 43

„Es ist ein Zustand denkbar, in dem die Endmenschen die verpaßte atomare Katastrophe bedauern und die letzte Gelegenheit zu einem würdigen Abgang von der Weltbühne in der Cuba-Krise 1962 erblicken“.

Alexander Demandt, a.a.O., S. 149

1986 verseuchte weite Teile der Ukraine radioaktiv, tötete (bis Ende 1991) ca. 10 000 Menschen und verursachte allein bei 900 000 Kindern Strahlenschäden; der erste Atomwaffeneinsatz von Hiroshima 1945 forderte 140 000 Tote und 100 000 Verwundete bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 350 000 Menschen und einer aus heutiger Sicht „lächerlich“ geringen Sprengkraft von 12 KT;

- *die Irreversibilität* der Schadensfälle, die sich aus einem Verhalten ohne Rücksicht auf Verluste und Folgen sowie aus einer Politik der Vernichtung statt der Nutzung und des Verbrauchs statt des Gebrauchs ergibt. Zur Illustration: Biologische Arten - z.B. mit der Rodung des Regenwaldes erst einmal ausgerottet - können nicht wieder zum Leben erweckt werden; sich nicht regenerierende Ressourcen - z.B. in Jahrmillionen entstandene fossile Brennstoffe - sind nach nur wenigen Jahrzehnten des Verbrauchs endgültig und unwiederbringlich verloren; radioaktive Abfälle und toxische Schwermetalle - einmal leichtfertig produziert - können nicht entgiftet werden, belasten die Menschheit auf lange Sicht;
- *die Latenz* der „schleichenden Katastrophen“, die wie die radioaktive Verstrahlung, die Erhöhung des UV-Anteils des Lichts oder die chemische Vergiftung der Nahrungskette und die Verseuchung des Trinkwassers (z.B. mit PCBs oder DCPs) anders als frühere Schadensfälle nicht mehr sinnlich wahrnehmbar sind und/oder wie die Klimaveränderung, das Waldsterben oder die Immunschwächung der Menschen die Schadensfolgen nicht unmittelbar nach deren Verursachung auftreten läßt, sondern auf Jahre hinaus verzögert (vgl. auch Kasten Nr. 7). Das sich stetig vergrößernde Ozonloch der 90er Jahre zum Beispiel ist der Latenz des FCKW-Gebrauchs der 70er Jahre geschuldet, die Folgen der 90er werden entsprechend erst im Jahre 2010 „wahrnehmbar“;
- *die Grenzüberschreitung* von Schadensfolgen wie den nuklearen fall-out oder die Luftverschmutzung, die nur noch Betroffene kennt, aus geographischen, politischen, militärischen, rechtlichen und selbst zeitlichen Festlegungen und Dimensionen aber ausbricht sowie tradierte Denk- und Handlungsschemata nach dem Motto Täter oder Opfer, Freunde oder Feinde, Sieger oder Verlierer, Alliierte oder Neutrale, ja sogar Geborene oder Ungeborene ad absurdum führt;
- *die Hyperfristigkeit*, welche - soweit ersichtlich - mindestens zwei Ausdrucksformen haben kann. Gemeint sind zum einen die schon heute bekannten Sachzwänge, welche die Menschen über viele Generationen hinweg festlegen, z.B. bei der Beseitigung bzw. Lagerung des Atommülls. Gemeint sind zum anderen die schon heute vermuteten, wenn auch noch unbekannt biologisch-genetischen Langzeitwirkungen, die aber im Sinne einer überdimensionalen Latenz gleichwohl in Kauf genommen werden;
- *der exponentielle Charakter* der Entwicklungen, deren katastrophale Konsequenzen nach langen Phasen

relativer Stabilität scheinbar überfallartig eintreten und die Menschen, die es gewöhnt sind, nur in linearen Kategorien zu denken, nicht nur unerwartet und unvorbereitet treffen, sondern auch jeder Handlungsmöglichkeit berauben. Zu den gegenwärtigen exponentiellen Entwicklungen gehören z.B. das Bevölkerungswachstum, die Konzentration der sog. Treibhausgase und die Gefährdung der Ozonschicht, die Luftverschmutzung und die Klimaveränderungen, das Artensterben und die Vernichtungswirkung (Letalität) von Waffen.

(6)

Giftgas-Katastrophe Bhopal, 3. Dezember 1984

„2 500 Menschen aus den rings um die Fabrik gelegenen Arbeiterslums starben in den ersten Stunden, 3 100 weitere im nächsten Monat, und noch heute stirbt alle zwei Tage ein Mensch an den Folgen der Vergiftung. Für 14 000 Tote liegen Anträge auf Entschädigung vor. 639 793 Personen haben Antrag auf Entschädigung für die durch die Katastrophe verursachten körperlichen Schäden gestellt. Bis zum heutigen Tag bieten die Slums um die inzwischen von Unkraut überwucherte Industriearbeiterslums von Union Carbide ein niederschmetterndes Bild: Asthmatisch hustende, zitternde Menschen, von Schwächeanfällen geplagt, von ihrer Sehkraft im Stich gelassen, von Angstzuständen und Depressionen verfolgt, sie sind in diesen Slums allgegenwärtig. Und nun, so scheint es, werden diese Menschen auch noch um ihren letzten Funken Lebenshoffnung gebracht, die Hoffnung, wenigstens eine finanzielle Entschädigung für ihr Leiden zu erhalten“.

Gabriele Venzky, Frankfurter Rundschau, 12.7.1993

(7)

Kinderlos durch Umweltgifte

„Dänische und amerikanische Forscher entdeckten, daß die Samenproben vieler Männer in den Industrienationen nur noch 50 Millionen Spermien enthielten - Ende der zwanziger Jahre waren es durchschnittlich 140 Millionen gewesen. Schwermetalle wie Blei oder Cadmium wirken sowohl auf Anzahl wie auch Lebensfähigkeit der Samen. Magdeburger Forscher beispielsweise beobachteten, daß die Spermienqualität von Männern, die mit Blei am Arbeitsplatz in Kontakt kamen, eingeschränkt war. Untersuchungen aus Japan und Skandinavien zeigen, daß das Spermium unfruchtbarer Männer im Vergleich zu fruchtbaren deutlich höher mit Cadmium belastet war. Bei Frauen dagegen steht vorrangig ein anderes Schwermetall im Verdacht: Heidelberger Frauenärzte stellten fest, daß unfruchtbare Frauen u.a. an einer überdurchschnittlichen Belastung durch Quecksilber litten.“

Nicht nur Schwermetalle sondern auch organisch-chemische Verbindungen schädigen offensichtlich die Fortpflanzungsfähigkeit. 1979 verbot die amerikanische Umweltbehörde einige Anwendungen dioxinhaltiger Herbizide. Damit hatte der Protest von Frauen aus dem US-Staat Oregon Erfolg. Ihr Verdacht, daß ihre Fehlgeburten im Zusammenhang mit Agrargiften standen, war durch epidemiologische Studien bestätigt worden“.

Angela Grosse, Hamburger Abendblatt, 11.3.1993

rororo aktuell

Dieter S. Lutz (Hrsg.),

Deutsche Soldaten weltweit?

**Blauhelme, Eingreiftruppen,
„out of area“**

**Der Streit um unsere
sicherheitspolitische Zukunft**

Reinbek bei Hamburg 1993.

mit Beiträgen von

Egon Bahr, Hans-Joachim Gießmann,
Sabine Jaberg, Konrad Klingenburg,
Dieter S. Lutz, Erwin Müller, Reinhard Mutz
und Götz Neuneck.

Dieter S. Lutz Deutschland und die Kollektive Sicherheit Politische, rechtliche und programmatische Aspekte



**Analysen
Leske + Budrich**

Wenn sich aber Risiko auch weiterhin als Produkt aus Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit definiert, so liegt der Nutzen des Risikos neuen Typs in der Gegenwart. Das Risiko selbst wird dagegen sowohl im Fall des *Schadenseintritts* als auch im *Nicht-Eintrittsfall* größtenteils von der Zukunft getragen: Im Schadensfall wirken die grenzüberschreitenden Folgen aus der Gegenwart weit in die Zukunft hinein. Nicht zufällig wird die Nachwelt z.B. eines Atomkrieges mit der Aussage illustriert: „Die Überlebenden werden die Toten beneiden“. Tritt der Schadensfall hingegen in der aktuellen Zeit nicht ein, weil die Eintrittswahrscheinlichkeit gering ist, so ist das Risiko gleichwohl hoch, wenn die Schadenshöhe groß, ja gigantisch und/oder irreversibel ist. Die möglichen Folgen und damit das Risiko selbst trägt jedoch die Zukunft allein. Im ersten Fall ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, im zweiten Fall auch das wesentliche Moment aller ethischen Regulierung, die Selbstbetroffenheit bzw. das Verbot der Selbstexemption, kraß mißachtet.

Weiterführende Literatur/Quellen:

- Lutz, Dieter S., Die gordische Komplexität, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992, S. 178-183 und dort die Quellen.
- Beck, Ulrich, Risikogesellschaft, Frankfurt a.M. 1986.
- Böhret, Carl, Nachweltschutz, Frankfurt a.M./u.a. 1991.
- Beck, Ulrich, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt a.M. 1993, insbes. S. 44f.

3. „Durchwursteln“ als Weltgesellschaftspolitik?

Angesichts der feststellbaren oder sich abzeichnenden Entwicklungen sind alle Menschen, Völker und Staaten, auch solche mit gegensätzlichen Ordnungen, Ideologien, Religionen, Interessen etc., bei der Sicherung des Überlebens auf Partnerschaft angewiesen. Die existentiellen Gefährdungen, grenzüberschreitenden Verletzlichkeiten und gegenseitigen Verflechtungen und Abhängigkeiten machen neue Regeln des Lebens und des Zusammenlebens unerlässlich. Erforderlich ist eine zwar gegenwartsbezogene, aber zukunftsorientierte Weltinnen- und Nachweltpolitik, kurz: eine Weltgesellschaftspolitik.

Wer aber sind die Akteure einer solchen Politik? Wer hat den Überblick über die Gesamtheit der in den vorangegangenen Ausführungen nur knapp und unvollständig skizzierten Probleme? Wer kennt die Vielschichtigkeit und Vernetztheit ihrer Ursachen und ihrer Wechselwirkungen? Wer hat die Kraft, exponentielle Entwicklungen rechtzeitig zu stoppen? Wer kann gigantische Risiken, latente Katastrophen, hyperfristige Folgen in ein rationales Kalkül für Gegenwart und Zukunft zusammenführen? Wer kann unter drastischem Zeitdruck die richtige Entscheidung fällen? Wer besitzt die Legitimation, über Grenzen hinweg zu entscheiden und zu handeln?

Ausgangspunkt aller dieser Fragen ist die Gefahr des Weltuntergangs, die existentielle Bedrohung der Menschheit als solche, also jedes einzelnen Menschen. Liegt die Antwort auf diese Fragen also bei jedem einzelnen Menschen? Sind die gesuchten Akteure konsequenterweise die so oft zitierten „mündigen Bürger und Bürgerinnen“?

Richtig ist: Jeder und jede einzelne von ihnen sind mitverursachend für die anthropogenen Katastrophen. Zugleich sind sie die Betroffenen der apokalyptischen Risiken und Gefahren. Liegt die Hoffnung der Abwendung und der Umkehr also bei eben jedem (und jeder) Einzelnen, sei es als Produzenten oder Konsumenten vor Ort, sei es als Akteure transnationaler Unternehmen, sei es als Aktivisten nicht-gouvernementaler Organisationen (NGO)? „Global denken und lokal bzw. regional handeln“?

Skepsis ist angebracht: Menschen gelten als zurechnungs- und empathiefähig, ja sogar als vernunftbegabt. Und doch - vielleicht auch gerade deshalb - sind Menschen und ihre Sozialisation „eher hedonistisch und vorteil-suchend als asketisch und gemeinschaftsbezogen“ (Carl Böhret). Dem Besitz zum Beispiel von Autos und Kühlschränken zuliebe verschließen hunderte Millionen von Menschen ihre Augen vor der Verpestung der Luft, der Verseuchung des Wassers oder der Veränderung des Klimas. Weitere Milliarden Menschen träumen von Autos und Kühlschränken (vgl. auch Kasten Nr. 8). Und die Zahl dieser Menschen nimmt noch exponentiell zu.

Anders als Autos, Kühlschränke und ähnliches mehr sind Luft, Wasser oder Umwelt vermeintlich immaterielle Güter, zumindest aber scheinbar unerschöpfliche oder auf den ersten Blick sich selbst regenerierende Güter - und vor allen Dingen: Sie sind im Gemeinbesitz. In einem System, in dem die Konkurrenz *das* wesentliche Charaktermerkmal darstellt, kann Gemeinbesitz aber global nicht als Gemeinnutz zur Verantwortungsreife gelangen. Akteure - im großen wie im kleinen - handeln vielmehr konsequent (system-) rational, wenn sie statt Eigentum zu belasten, Gemeinbesitz wie Luft oder Wasser schädigen, oder wenn sie Ressourcen im Gemeinbesitz, z.B. die weltweiten Fischbestände, konsequent und effektiv ausbeuten und als Folge ausrotten.

Scheiden die einzelnen Menschen bei der Verhütung großer globaler Katastrophen also schon deshalb als *unmittelbare Akteure* aus, weil sie nicht frei sind von „hedonistischer Vorteilsuche“? Die Realität bestätigt (bislang) diese Frage (vgl. auch Kasten Nr. 9). Wie aber ist es um die Menschen als *indirekte Akteure*, d.h. als Träger eines politischen Gemeinwesens bestellt?

Angesprochen mit diesen Fragen ist der Staat. Demokratisch verfaßt, ist er die ordnende Einheit, an die sich die Menschen wenden, auf deren Entscheidungen sie vertrauen und deren Autorität und Gewaltmonopol sie sich und ihre tatsächlichen und/oder vermeintlichen Interessen (freiwillig) unterordnen. Doch reicht die Problembewältigungsfähigkeit des Nationalstaates im Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert tatsächlich noch aus? Ist der Nationalstaat - vor allen Dingen der pluralistisch und demokratisch verfaßte - nicht ebenfalls zu schwach (zu ineffizient), ja in seiner Anlage sogar zu unvollständig (zu defizient), um mit den gigantischen Risiken und lawinenartig anwachsenden Problemen, wie sie in den vorangegangenen Abschnitten beschrieben wurden, fertig zu werden? Drei Beispiele zur Illustration:

- Der moderne Nationalstaat ist Industriestaat. Demokratie in der modernen Industriegesellschaft heißt aber „*halbierte Demokratie*“ (Ulrich Beck): Nur ein Teil der gesellschaftsgestaltenden Entscheidungskompetenzen ist im politischen System verankert und den Prinzipien des parlamentarisch-demokratischen Staates unterworfen. Ein anderer Teil ist den Regeln öffentlicher Kontrolle und Rechtfertigung entzogen und der Investitionsfreiheit der Unternehmen und der Forschungsfreiheit der Wissenschaft ausgeliefert. Gesellschaftsveränderung und Zukunftsgestaltung werden auf diese Weise zu Nebenfolgen ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Ent-

(8)

Autos und Kühlschränke sind wichtiger als Leben

„Zwei Millionen Pkw sollen vom Jahr 2000 an bei Shanghai-Volkswagen jährlich von den Bändern rollen, mehr, als derzeit insgesamt auf Chinas Straßen unterwegs sind. Auch Peugeot, Citroën, Chrysler, Mazda, Nissan und Südkoreas Daewoo-Konzern beteiligt sich mit neuen Fabriken am Aufbruch des Milliarden-Volkes in die Autogesellschaft ... Schon eine bescheidene Motorisierung des Landes wird aber alle Bemühungen in den Industrieländern zunichte machen, die Klimaerwärmung durch sparsame Energienutzung und Zurückdrängung des Autoverkehrs wenigstens zu reduzieren.“
Martin/Schumann, a.a.O., S. 17

„Der Treibhauseffekt wird wahrscheinlich auch beschleunigt werden, wenn die chinesische Regierung zum Beispiel ihren gut gemeinten Plan verwirklicht, daß jedes Haus bis zum Jahre 2000 einen Kühlschrank besitzen sollte. Sollten Hunderte von Millionen Kühlschränke ihre FCKW in die Atmosphäre abgeben, wäre die Ausdünnung der schützenden Ozonschicht der Erde immens ... Wenn China und Indien mit fast drei Milliarden Menschen es glücklich schaffen, ihren Lebensstandard zu verdreifachen (auf ein Niveau, welches der Westen noch immer unerträglich niedrig fände), würde dies nicht nur auf lokaler Ebene die Umwelt und die Gesundheit der Menschen schädigen, sondern die Lufthülle der Erde insgesamt bedrohen. Obwohl diese potentielle Gefahr in einigen Kreisen der entwickelten Welt bereits Alarm ausgelöst hat, wäre es unvorstellbar - und lächerlich -, daß der Westen auf China und Indien Druck ausübte, ihre Pläne eines ökonomischen Wachstums aufzugeben. Es wäre auch heuchlerisch, da die fortgeschrittenen Gesellschaften (vor allem die Vereinigten Staaten) pro Kopf der Erdatmosphäre viel mehr Schaden zufügen.“
Paul Kennedy, a.a.O., S. 248f.

scheidungen, betriebswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Rechnungen, Investitionsbindungen, Rationalisierungsprozessen und ähnlichem mehr. Die Politik vollzieht lediglich nach, was sie weder geplant hat noch entscheiden durfte, was sie nur begrenzt gestalten und beeinflussen kann, aber spätestens bei der Schadensbeseitigung doch voll verantworten muß.

- Der demokratische Staat ist pluralistisch verfaßt, d.h. er muß die empirisch feststellbare Meinungs-, Interessen- und Organisationsvielfalt der modernen Gesellschaft berücksichtigen und organisieren. Das Menschenbild des Pluralismus-Konzeptes ist das von freien und - wie bereits erwähnt - mündigen Bürgern, die (über Gruppen und Verbände) ihre Interessen in Konkurrenz mit den Interessen der anderen Bürger und Bürgerinnen vertreten und durchsetzen, ohne allerdings die gesellschaftliche Vielfalt auf Dauer einzuschränken, zu unterdrücken oder gar abzuschaffen. Ziele des „Konkurrenzkampfes“ sind also nicht - oder nicht a priori - Unterdrückung und Unterwerfung, sondern Ausgleich und Kompromiß. Entscheidungsbindungen, Lösungen auf Zeit und der Verlust längerfristiger Perspektiven sind allerdings die Nebenfolgen mit künftig dramatischen Auswirkungen. Erforderlich wäre eine „grand strategy“. An ihrer Stelle herrscht eine Politik des Inkrementalismus, d.h. des „Sich-Durchwurstelns“ (muddling through).
- Staaten sind souverän. Mit Blick auf das Völkerrecht heißt dies, daß jenseits der Staatsgrenzen ein (eben-

falls) eigenständiger und souveräner Staat existiert, unabhängig von seiner politischen Verfaßtheit, seiner gesellschaftlichen Ordnung, seiner militärischen Macht, seinen ökonomischen Interessen und seiner Gegenwartsbezogenheit oder Zukunftsorientierung. Mit Blick auf die Demokratie heißt dies, daß die Legitimation ihrer politischen Entscheidungsträger und Akteure formal an den Staatsgrenzen endet, unabhängig von Sachfragen und deren Folgen und Wirkungen. Die Wirkungen der neuartigen Technologien sind aber zeiten- und grenzüberschreitend, die Tag für Tag lokal produzierten Schad- und Giftstoffe befinden sich mittlerweile im weltweiten Austausch, die nur noch scheinbar individuellen Gesundheitsgefährdungen und regionalen Naturzerstörungen besitzen längst universellen Charakter.

Ist der Nationalstaat (und mit ihm vielleicht sogar die Demokratie) also defizient, wenn nicht sogar obsolet? Was wäre die Alternative? Der Weltstaat mit einer Weltregierung, die weder souveräne Nationalstaaten berücksichtigen, noch Grenzen zu achten braucht, und die Politik als „Weltinnenpolitik“ (Carl Friedrich von Weizsäcker) begreift?

Folgt man dem derzeitigen Vizepräsidenten der USA, Al Gore, der zweifellos unverdächtig ist, die globalen und existentiellen Probleme und Risiken abzustreiten, so ist die Vorstellung einer Weltregierung „sowohl politisch unmöglich als auch praktisch undurchführbar“. Das politische Problem liegt seiner Ansicht nach auf der Hand: „Die Idee ruft so viel Widerspruch hervor, daß eine

(9)

Erschreckender Kleinmut

„Die Problematik hat sich verlagert: weg von den lokal und regional begrenzten, erfahrbaren Belastungen. Es geht mittlerweile um globale Gefahren, die durch die Verflechtung der Weltwirtschaft, wenn immer mehr Menschen das gleiche Konsum- und Produktionsverhalten zeigen, verstärkt werden und kaum im Gleichgewicht zu halten sind. ...

Erschreckend ist angesichts solcher Entwicklungen der Kleinmut, der bei uns in Mitteleuropa herrscht - auch bei Menschen, die das Buch von Al Gore gelesen und „Global 2000“ zumindest im Schrank stehen haben. Nachdem uns Gorbatschow aus der weltpolitischen Lethargie gerissen hat, soll die Clinton-Administration nun dasselbe in der Umweltpolitik auslösen, wie es die USA in den 70er Jahren schon einmal getan haben. Die Bundesregierung schlägt derweil vor, den Solidarpakt durch eine Milliardeneinsparung im Bereich der Abwasserentsorgung mitzufinanzieren - ausgerechnet! ...

Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Wachstumsmöglichkeit des Wohlstands, jeder zusätzliche unvermeidbare Ressourcenverbrauch nicht bei uns, sondern in den Entwicklungsländern stattfinden muß. Denn die entscheidende Frage, wie tiefgreifend und möglicherweise katastrophal die Zusammenbrüche Mitte des nächsten Jahrhunderts werden, wird maßgeblich beeinflußt von der Schnelligkeit des demographischen Übergangs, von der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums in den Entwicklungsländern. Massive Entwicklungshilfe muß diesen demographischen Übergang beschleunigen, und sie muß einhergehen mit der Nutzung aller erdenklichen Einsparpotentiale bei uns. ...

Umweltpolitik der nächsten 30 Jahre muß also einerseits Außenwirtschaftspolitik sein, andererseits „zu Hause“ das Erzielen eines Konsenses vorantreiben, der weit mehr sein muß als ein Energie- oder gar nur ein Kernenergie-Konsens. Er muß Staat, Wirtschaft und Verbraucher zusammenführen in der Erkenntnis, daß wir dem weltweiten Wachstum nur gewachsen sind, wenn der Ressourcenverbrauch und das Einschleusen von Schadstoffen in Naturkreisläufe abnehmen.“

Umweltsenator Fritz Vahrenholt, 2.3.1993

weiterführende Erörterung der grundlegenden Ziele zum Erliegen kommt - besonders in den USA, wo man sehr auf den Schutz der individuellen Freiheiten bedacht ist. Die Befürchtung, unsere Rechte könnten beschnitten werden, wenn wir auch nur einen Teil unserer Souveränität an eine übernationale Instanz abgeben, macht es *absolut sicher, daß das nicht geschehen wird.*" (Hervorheb. - DSL).

Das praktische Problem wiederum läßt sich nach Gore mit einer Frage verdeutlichen: „Wie muß man sich ein weltweites Regierungssystem vorstellen, das die einzelnen Nationen davon überzeugen kann, eine umweltverträgliche Politik zu betreiben? Die bürokratischen Probleme wären gewaltig, nicht zuletzt weil die Ineffizienz von Regierungsmaßnahmen häufig mit der Entfernung zwischen dem Machtzentrum und den Betroffenen exponentiell zuzunehmen scheint“.

Läßt sich auch das von Al Gore angeführte „praktische Problem“ relativieren, so bleibt doch das „politische Problem“. Staaten wie die USA sind derzeit (?) offensichtlich unter keinen Umständen bereit, ihre Souveränität aufzugeben. „Für die meisten Bürger wäre der Gedanke, daß nicht nur bestimmte Industrien oder Wirtschaftstätigkeiten, sondern die Nationalstaaten selbst anachronistisch werden, tief verstörend ... Es mag in der Tat eine gewisse Erosion in der Macht des Nationalstaates in den letzten Jahrzehnten gegeben haben, aber er bleibt immer noch der primäre Ort der Identität für die meisten Menschen ... Und gerade wenn neue Schwierigkeiten auftauchen - ob es nun illegale Einwanderung oder die Biotech-Landwirtschaft ist - wenden sich die Menschen instinktiv an ihre Regierungen, um Lösungen zu fordern“ (Paul Kennedy).

Wenn aber eine Weltregierung weder praktikabel noch durchsetzbar scheint, wie kann dann die weltweite Katastrophe verhindert werden? So schrecklich es auch klingt, die Antwort lautet: möglicherweise gar nicht. Derzeit gibt es - global betrachtet - nur eine realistische Chance: Weiter Durchwursteln! Gemeint ist mit diesem Begriff der Versuch der auch künftig souveränen Staaten, internationale Vereinbarungen - vergleichbar etwa dem Nonproliferationsvertrag oder dem Rio-Abkommen - auszuhandeln, sie auf „freiwilliger“ Basis abzuschließen und dafür zu arbeiten, daß dem ersten unzulänglichen Schritt zweite und dritte Schritte folgen werden.

Weiterführende Literatur/Quellen:

- Böhret, Carl, Nachweltschutz, Frankfurt a.M./u.a. 1991, insbes. S. 42;
- Beck, Ulrich, Risikogesellschaft, Frankfurt a.M. 1986, z.B. S. 313;
- Weizsäcker, Carl Friedrich von, Der bedrohte Friede, München/Wien 1981, S. 127;
- Gore, Al, Wege zum Gleichgewicht, Frankfurt a.M. 1992, S. 303 f;
- Kennedy, Paul, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1993, S. 163, 176;
- Tudyka, Kurt, „Weltgesellschaft“ - Unbegriff und Phantom, in: PVS 3/1989, S. 503-508;
- Röhrich, Wilfried, Horizonte einer Weltinnenpolitik, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Das Udenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 373-382.
- Martin, Hans-Peter/Schumann, Harald, „Der Feind sind wir selbst“, in: Die Erde 2000, Spiegel Spezial Nr. 4/1993, S. 14-23, insbes. S. 17, 21.

4. Deutschlands „Vorreiterrolle“

Die Geschichte lehrt, „daß Menschen immer nur Aufgaben anpacken, die nicht nur 'fast', sondern in greifbarer Realität tatsächlich präsent sind. Armut wird nicht vermieden, sondern bekämpft. Das gilt auch für die Überlebensgefahren. Ohne Hiroshima hätte es wahrscheinlich weitere Atomkriege gegeben. Wenn Bangladesch oder gar die Niederlande vom Meer überspült werden, wird es internationales Handeln geben, nicht früher“ (Ralf Dahrendorf).

So pessimistisch diese Aussage auch klingt (vgl. auch Kasten Nr. 10), so beinhaltet sie doch eine letzte Hoffnung, die über die Chance des bloßen „Durchwurstelns“ hinausweist: Gibt es nicht Völker und/oder Staaten, die ihre Lehre aus der Geschichte bereits dergestalt gezogen haben, daß sie schon heute in besonderer Weise sensibel für existentielle Gefahren sind und sich als moralisch mitverantwortlich für deren Abwendung oder Verhütung fühlen? Diese Frage richtet sich auch und gerade an Deutschland, das die Völker der Erde allein im 20. Jahrhundert zweimal in einen Weltkrieg gestürzt hat. Sucht man die Antwort im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, so wird die Lehre, die der Parlamentarische Rat 1948/49 aus dem Unrecht der Vergangenheit gezogen hatte, offensichtlich: Der zu errichtenden Bundesrepublik sollten über eine Vielzahl einmaliger Grundgesetznormen innenpolitisch, vor allen aber auch außenpolitisch neue Mittel und Wege erschlossen werden. Der Friedenswille des deutschen Volkes sollte in Abkehr von einem System, das selbst vor Angriffskriegen und Massenmorden und Versklavungen nicht zurückgeschreckt war, zum unabänderlichen Leitgedanken und Wesensmerkmal des Grundgesetzes erhoben werden. Das deutsche Volk sollte künftig - so bereits die Präambel des Grundgesetzes - „dem Frieden der Welt dienen“.

(10)

Vorbeugen oder untergehen

„Ich erinnere die Menschen bisweilen gern an das alte wissenschaftliche Experiment mit einem Frosch. Wirft man einen Frosch in einen Topf mit kochendem Wasser, springt er direkt wieder heraus. Er erkennt die Gefahr. Legt man denselben Frosch aber in ein Gefäß mit lauwarmen Wasser und bringt dieses langsam zum Kochen, bleibt er darin sitzen, bis er gerettet wird (ich habe im Laufe der Jahre gelernt, daß es wichtig ist, den Frosch während der Geschichte zu retten)“.

US-Vizepräsident Al Gore, Amerika-Dienst 25/93, S. 4

„Bei erdumspannenden politischen Vorhaben, die wichtige Interessen aller Beteiligten betreffen, läßt sich immer nur der kleinste gemeinsame Nenner durchsetzen. Ehe eine Weltregierung handlungsfähig werden könnte, müßten wohl erst die Katastrophen eintreten, zu deren Verhinderung sie gebraucht würde“.

Martin/Schumann, a.a.O., S. 21

„Dienen“ heißt aber nichts anderes, als „sich aktiv zur Verfügung zu stellen“. Sich dem Frieden *zur Verfügung zu stellen*, beinhaltet wiederum die Bereitschaft, auch „Vorleistungen zu erbringen“, gegebenenfalls sogar (kurzfristige) „Nachteile in Kauf zu nehmen“. Das aktive Moment in der Bedeutung von „dienen“ schließt ferner ein Verständnis dieser Absichtserklärungen im Sinne von „abwarten“, „Ruhe bewahren“ oder „anderen die Initiative überlassen“ aus. Es verlangt vielmehr Engagement und Eigeninitiative vom „Deutschen Volk“ im Sinne einer stetigen und nachhaltigen Friedenspolitik, mit dem Ziel der dauerhaften Abschaffung der Institution Krieg und dem dynamischen Aufbau gewaltfreier internationaler Strukturen.

Folgt man dem Parlamentarischen Rat von 1948/49, so kommt den Deutschen in Fragen der Friedens- und damit auch der Weltinnenpolitik eine Vorreiterrolle zu. Aktuell in besonderer Weise gefordert ist die Bundesrepublik Deutschland aber noch aus einem weiteren Grund. Wie kaum ein anderer Staat hat sie vom Ende des Ost-West-Konfliktes profitiert - auch nach Ansicht des Bundesverteidigungsministers Rühle: „Der Sicherheitsgewinn kommt vor allem Deutschland zugute. Deutschland liegt nicht mehr in unmittelbarer Reichweite eines zur strategischen Offensive und Landnahme befähigten Staates. Für Deutschland ist die existentielle Bedrohung des Kalten Krieges irreversibel überwunden. Der bedrohlichste Fall einer großangelegten Aggression ist höchst unwahrscheinlich geworden“.

Nimmt man die Aussage des Bundesverteidigungsministers ernst, so stellt sich die Frage, ob die bisherigen finanziellen Aufwendungen für die militärische Sicher-

heit künftig nicht anders sinnvoller und effektiver eingesetzt werden können: für eine Sicherheits- und Risikoversorge im Rahmen der Abwendung der beschriebenen katastrophalen Trends oder zumindest zur Minderung ihrer Folgen und Auswirkungen, inkl. zur Linderung der schon heute bestehenden existentiellen Gefahren, z.B. der Massenarmut in der sog. Dritten Welt.

Ausgaben in Höhe der gewaltigen Summe von 50 Milliarden DM dienen als Militäretat weder der Verteidigung Deutschlands, da der Aggressor fehlt, noch tragen sie zur Rettung von Menschenleben bei, wie das Beispiel Bosnien-Herzegowina zeigt. Dieselben Ausgaben - oder Teile davon - im Rahmen einer wohlverstandenen Weltgesellschaftspolitik eingesetzt, könnten aber z.B. zur Bewältigung des Ozon-Lochs (und seiner Folgen) führen oder z.B. das Migrations- und Flüchtlingsproblem lindern oder würden z.B. (statistisch) ausreichen, alljährlich 15 Millionen Menschen in der sog. Dritten Welt vor dem Hungertod zu retten (vgl. auch Kasten Nr. 11).

Haben die Deutschen ihre Lektion aber wirklich gelernt, d.h. die vom Parlamentarischen Rat Ende der 40er Jahre gezogenen Lehren angenommen und umgesetzt? Zu Beginn der 90er Jahre sind Zweifel mehr als angebracht: Verfassung und Verfassungswirklichkeit klaffen auseinander. Friedensgebot und organisierte Friedlosigkeit widersprechen sich. Eine Vorreiterrolle Deutschlands ist nicht erkennbar. Im Gegenteil: Der „Naturverbrauch“ der Deutschen ist wesentlich höher als der anderer Völker (vgl. Schaubild Nr. 12). Im weltweiten Waffengeschäft nimmt die Bundesrepublik mittlerweile den dritten Platz ein (vgl. Kasten Nr. 13). Ihre „Entwicklungshilfe“ liegt hingegen mit weniger als 0,4 Prozent ihres Bruttosozial-

(11)

Dieter S. Lutz

Was kosten Sicherheit und Frieden?

Mit 50 Milliarden DM - oder Teilen davon - kann die Bundesrepublik Deutschland

- ihren bisherigen Militäretat und ihre nationalen Streitkräfte weiter fortführen, obwohl „Deutschland nicht länger Frontstaat“ und der „Fall einer großangelegten Aggression höchst unwahrscheinlich“ geworden ist;
- oder ein regionales System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG), initiieren, die sich mit einem nationalen Beitrag von jeweils „nur“ 10 bis 20 Milliarden DM und mit Militärkontingenten von jeweils 50 000 bis 100 000 Soldaten begnügen kann;
- oder 15 Millionen Menschen, die jährlich an Unterernährung und den Folgen von Hunger sterben, mit einem Betrag von 3.300 DM pro Kopf der Verhungerten vor dem Tod bewahren. (Der Anteil des Bruttosozialproduktes pro Kopf in vielen Teilen der Welt liegt bei lediglich 300 bis 500 Dollar);
- oder die Not von über zwei Millionen Flüchtlingen oder Vertriebenen mit ca. 2.000 DM monatlich pro Kopf lindern;
- oder atomare Sicherheit kaufen: Die „kurzfristige technische Überlebenshilfe“ der maroden Nuklearreaktoren sowjetischer Bauart kostet 320 Millionen Dollar, die „gebotene Nachrüstung“ 15 Milliarden DM (Die Zeit 5/1993);
- oder mithelfen, die Brennholzkrise in der „Dritten Welt“ durch die Finanzierung von 500 Millionen Solarkochern à 50 DM zu überwinden und mit dem investierten Gesamtbetrag von 25 Milliarden DM zugleich der Degradierung der Landschaft, dem Treibhauseffekt und der Migration entgegenwirken (Hermann Scheer, 1993, S. 266).

produktes weit unter der UN-Empfehlung von 0,7 Prozent. Ganz zu schweigen von der jüngsten Disproportion ziviler und militärischer Mittel im Rahmen von (im übrigen wohl verfassungswidriger) sog. Humanitärer Interventionen (vgl. auch Kasten Nr. 14).

Bleibt also doch nur das „Weiterwursteln“ - je nach Perspektive und Standpunkt: mit oder ohne Hoffnung? Bleibt schließlich also doch nur der fragwürdige Trost

des Historikers Alexander Demandt? „Wer sollte das Verschwinden der Menschen bedauern? Der letzte Dackel? Begrüßen könnten es diejenigen Lebewesen, die vom Menschen nicht ausgerottet wurden und durch sein Ende vom größten Parasiten der Naturgeschichte befreit wurden. Leben wir auf Kosten anderer, so sterben wir zu Gunsten anderer und scheiden wir quitt“.

(12)

Tausend Menschen belasten die Umwelt jährlich durch

	in Deutschland	in einem Entwicklungsland
158	Energieverbrauch (TJ)	22 (Ägypten)
13 700	Treibhausgase CO ₂ (t)	1300 (Ägypten)
450	Ozonschichtkiller FCKW (kg)	16 (Philippinen)
8	Straßen (km)	0,7 (Ägypten)
4 391 000	Gütertransporte (tkm)	776 000 (Ägypten)
9 126 000	Personentransporte in PKW (Pkm)	904000 (Ägypten)
443	PKWs	6 (Philippinen)
28	Aluminiumverbrauch (t)	2 (Argentinien)
413	Zementverbrauch (t)	56 (Philippinen)
655	Stahlverbrauch (t)	5 (Philippinen)
400	Hausmüll (t)	ca. 120
100	hochgiftiger Sondermüll (t)	ca. 2

(Die Balkenlängen spiegeln Anteile von Hundert)

Quelle: Ernst U. von Weizsäcker, *Erdpolitik*, Darmstadt 1992, S. 202.

Weiterführende Literatur/Quellen:

- Der Bundesminister der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, Bonn, 26. November 1992, insbes. S. 5 f, 10 f, 12 f.
- Carl Dietrich Spranger, Deutsche Beiträge zu Sicherheit und Frieden in den Entwicklungsländern, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 43 vom 25. Mai 1993, S. 405-408.
- Dahrendorf, Ralf, Eine große universelle Sicht, in: Die Erde 2000, Spiegel Spezial Nr. 4/1993, S. 7-12, insbes. S. 11.
- Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Deutsche Soldaten weltweit?, Reinbek bei Hamburg 1993.
- Lutz, Dieter S., Deutschland und die Kollektive Sicherheit, Opladen 1993.
- Demandt, Alexander, Endzeit?, Berlin 1993.
- Scheer, Hermann, Sonnenstrategie, München/Zürich 1993, insbes. S. 266.

(13)

Rüstungsexporteur Deutschland

„Im internationalen Waffenhandel spielt Deutschland eine immer größere Rolle. In den vergangenen zwei Jahren war Deutschland nach den USA der zweitwichtigste Exporteur von Kriegsmaterial an Industrieländer. Im weltweiten Waffengeschäft lag Deutschland 1992 mit einem Marktanteil von 10,5 Prozent klar hinter den USA (45,8 Prozent), aber nur noch knapp hinter Rußland (11,1 Prozent) auf Platz drei. Dies geht aus dem neuesten Jahrbuch des Stockholmer Friedensinstituts SIPRI hervor.

Da die Waffenproduktion anderer Staaten der ehemaligen Sowjetunion teilweise in den russischen Statistiken erscheint, dürfte Deutschland 1992 schon der zweitgrößte Waffenhändler der Welt gewesen sein. „Während die angebliche Rolle deutscher Firmen in den chemischen und nuklearen Waffenprogrammen einiger Entwicklungsländer viel internationale Aufmerksamkeit weckte, ist die wachsende Bedeutung Deutschlands als Exporteur von konventionellen Waffen unbeachtet geblieben“, stellt SIPRI fest.“

Hannes Gamilscheg, *Frankfurter Rundschau*, 16.6.1993

(14)

Humanitäre Disproportion

„Die Haushaltszahlen des Bundes belegen, daß der deutsche Steuerzahler in diesem Jahr mehr als dreimal soviel für das Engagement der Bundeswehr in Somalia aufwenden wird als für direkte humanitäre Hilfe für den südostafrikanischen Staat. Die Stationierung von rund 1.700 deutschen Soldaten in Somalia wird bis Ende des Jahres rund 184,4 Millionen Mark kosten. Dem gegenüber stehen rund 35 Millionen Mark aus „Altzusagen“ des Bundesministeriums für technische Zusammenarbeit (BMZ), von denen bislang erst rund 15 Millionen verplant sind. Außerdem rund neun Millionen Mark des Auswärtigen Amtes, mit denen das Technische Hilfswerk (THW) Soforthilfe in der Hauptstadt Mogadischu und in Bosaso geleistet hat“.

Martin Winter, *Frankfurter Rundschau*, 6.8.1993

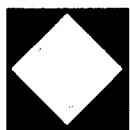
Demokratie, Sicherheit, Frieden

vormals Militär, Rüstung, Sicherheit

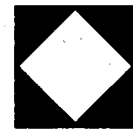
Herausgegeben von Dr. Dieter S. Lutz, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor
des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Lieferbare Titel:

42. **Gemeinsame Sicherheit, Konventionelle Stabilität.** Bd. III: Zu den militärischen Aspekten struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen gemeinsamer Sicherheit. Hrsg.: Bahr, Egon; Lutz, Dieter S. 1988. 502 S., 19,80 <3-7890-1557-1>
43. Lutz, Dieter S.: **Gemeinsame Sicherheit – Defensives Abhalten und Strukturelle Angriffsunfähigkeit.** Bd. IV: Zur Genesis und Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen einer Strategie Defensiver Abhaltung und ihrer konzeptionellen Einbettung in die Gemeinsame Sicherheit. 1990. 215 S., 19,- <3-7890-1564-4>
44. **Gemeinsame Sicherheit – Internationale Diskussion.** Bd. V: Beiträge und Dokumente aus Ost und West. Hrsg.: Lutz, Dieter S.; Schmähling, Elmar. 1990. 440 S., 58,- <3-7890-1669-1>
45. **Gemeinsame Sicherheit – Kollektive Sicherheit – Gemeinsamer Frieden.** Bd. VI: Auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1991. 483 S., 79,- <3-7890-2041-9>
46. **Sicherheitspolitik kontrovers.** Auf dem Weg in die neunziger Jahre. Hrsg.: Heisenberg, Wolfgang; Lutz, Dieter S. 1987. 955 S., 47,- <3-7890-1436-2>
47. Peters, Ingo: **Transatlantischer Konsens und Vertrauensbildung in Europa.** 1987. 270 S., 49,- <3-7890-1413-3>
48. **Drei Jahrzehnte Innere Führung.** Hrsg.: Walz, Dieter. 1987. 195 S., 38,- <3-7890-1410-9>
49. Brill, Heinz: **Bogislav von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung – Westintegration – Wiedervereinigung.** Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr 1952-1955 – Band I: Studie. 1988. 308 S., 59,- <3-7890-0673-4>
50. **Atomwirtschaft und innere Sicherheit.** Hrsg.: Gessenharter, Wolfgang; Fröchling, Helmut. 1989. 349 S., 78,- <3-7890-1639-X>
51. Krohn, Axel: **Nuklearwaffenfreie Zone: Regionales Disengagement unter der Rahmenbedingung globaler Großmachtinteressen.** Das Fallbeispiel Nordeuropa. 1989. 258 S., 48,- <3-7890-1698-5>
52. **Bogislav von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung – Westintegration – Wiedervereinigung.** Band II: Dokumente und Materialien -. Hrsg.: Brill, Heinz. 1989. 357 S., 89,- <3-7890-1828-7>
53. Brill, Heinz: **Libyens Außen- und Sicherheitspolitik.** Moamar el Gaddafis Motive und Visionen. 1988. 138 S., 39,- <3-7890-1585-7>
54. **Sowjetische Außenpolitik im Wandel.** Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990. Hrsg.: Hamann, Rudolf; Matthies, Volker. 1991. 211 S., 48,- <3-7890-2177-6>
55. **Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik.** Hrsg.: Seidelmann, Reimund. 1989. 384 S., 49,- <3-7890-1734-5>
56. Afheldt, Horst: **Der Konsens. – Argumente für die Politik der Wiedervereinigung Europas.** 1989. 240 S., 44,- <3-7890-1885-6>
57. Nielebock, Thomas: **Freiheit für Atomwaffen oder Atomwaffenfreiheit?** 1989. 338 S., 49,- <3-7890-1896-1>
58. Hagena, Hermann: **Tiefflug in Mitteleuropa.** 1990. 99 S., 19,- <3-7890-1914-3>
59. **Universitäten im Friedensdialog.** Hrsg.: Fischer-Appelt, Peter; Lutz, Dieter S. 1990. 223 S., 47,- <3-7890-1915-1>
60. Schulte, Ludwig: **Trumpf der Verteidigung.** Mehr Stabilität durch moderne Technologien. 1990. 176 S., 28,- <3-7890-1880-5>
61. Ehrhart, Hans-Georg: **Die europäische Herausforderung.** Frankreich und die Sicherheit Europas an der Jahrhundertwende. 1990. 198 S., 48,- <3-7890-1963-1>
62. Kutz, Martin: **Realitätsflucht und Aggression im deutschen Militär.** 1990. 140 S., 39,- <3-7890-2002-8>
63. **Abrüstung und Konventionelle Stabilität in Europa.** Hrsg.: Müller, Erwin; Neuneck, Götz. 1990. 203 S., 46,- <3-7890-1974-7>
64. Hartwig, Dieter: **Sicherheitspolitik und Verteidigung der Europäischen Gemeinschaft.** 1991. X, 147 S., 39,- <3-7890-2325-6>
65. Formdran, Erhard: **Die Vereinten Staaten von Amerika und Europa.** 1991. 531 S., 89,- <3-7890-2269-1>
66. Bartke, Matthias: **Verteidigungsauftrag der Bundeswehr.** Eine verfassungsrechtliche Analyse. 1991. 266 S., 39,- <3-7890-2333-7>
67. **Minderheiten – Störpotential oder Chance für eine friedliche Gesellschaft?** Hrsg.: Gessenharter, Wolfgang; Fröchling, Helmut. 1991. 346 S., 48,- <3-7890-2327-2>
68. Feske, Susanne: **ASEAN: Ein Modell für regionale Sicherheit.** 1991. 204 S., 36,- <3-7890-2395-7>
69. **Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle.** Hrsg.: Müller, Erwin; Neuneck, Götz. 1992. 381 S., 78,- <3-7890-2332-9>
70. Lutz, Dieter S.: **Sicherheit 2000.** Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungsregime zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa. 1991. 223 S., 38,- <3-7890-2278-0>
71. **Die »sowjetische Frage«: Integration und Zerfall?** Hrsg.: Ehrhart, Hans-Georg. 1991. 253 S., 36,- <3-7890-2496-1>
72. Wissdorf Jörg: **Doktrin und Struktur.** Eine Untersuchung über den Zusammenhang von sicherheitspolitischen Konzepten und Streitkräftestrukturen unter besonderer Berücksichtigung von defensiven Einsatzoptionen für Luftstreitkräfte. 1992. 256 S., 48,- <3-7890-2662-X>
73. **Konversion im vereinten Deutschland.** Ein Land – zwei Perspektiven? Hrsg.: Gießmann, Hans-Joachim. 1992. 237 S., 36,- <3-7890-2640-9>
74. Gießmann, Hans-Joachim: **Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR.** 1992. 301 S., 46,- <3-7890-2847-9>
75. **Das Undenkbare denken.** Festschrift für Egon Bahr zum siebenzigsten Geburtstag. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1992. 557 S., 49,- <3-7890-2623-9>



Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 • 7570 Baden-Baden



Impressum

Herausgeber der „Hamburger Informationen“ ist das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), 22587 Hamburg, Falkenstein 1, Tel 040-86 90 54, Fax 040-866 36 15. Postgiri Hamburg 3843 40-207.

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik ist eine Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Pro-

blemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen".

Den Inhalt der Beiträge verantworten die Autoren; er repräsentiert nicht unbedingt die Meinung des IFSH. Nachdruck ist erlaubt nach schriftlicher Information des IFSH. Die „Hamburger Informationen“ erscheinen unregelmäßig und sind – soweit vorrätig – kostenlos über das IFSH erhältlich.
ISSN 0931-8399